

# Handelsblatt

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Miete meinen **Benz**  
Mit „Croove“ attackiert Daimler die klassischen Vermieter. **S. 16**

Das Atomproblem der **Bahn**  
Warum sich der Konzern an der Beseitigung der Altlasten beteiligen muss. **S. 14**

Kaffee mit **Meg**  
Wie HP-Chefin Meg Whitman nach der Zukunft sucht. **S. 22**

G 02531 NR. 241

DIENSTAG, 13. DEZEMBER 2016

PREIS 2,80 €

## Weniger Markt, mehr Staat

Der Staat greift immer stärker ins Wirtschaftsgeschehen ein. Nun schlägt die Privatwirtschaft Alarm und fordert von der Politik Mäßigung. Höchste Zeit: Länder und Kommunen sind inzwischen an fast 15 000 Unternehmen beteiligt.



Thomas Koehler / photostock (M)

M. Greive, J. Hildebrand Berlin

**A**ls Unternehmer scheint sich der Staat besonders für die vernünftigen Dinge des Lebens zu interessieren. So zählt Baden-Württemberg die Staatsbrauerei Rothaus zu seinem Eigentum. Hessen gönnt sich die Staatsweingüter Kloster Eberbach. Und Nordrhein-Westfalen besitzt das Landgestüt Warendorf samt Reitschule.

Der Bund der Steuerzahler hat in einer 120-seitigen Studie die wirtschaftlichen Aktivitäten der Bundesländer untersucht. Brauereien, Weingüter und Gestüte sind dabei nur die skurrilsten Beispiele. Die Länder sind an 1429 Unternehmen beteiligt - von Regionalflughäfen über Recyclingbetriebe bis zu Reiseanbietern. Noch aktiver sind die Kommunen: In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen um 25 Prozent auf über 13 500 erhöht.

Der Aktionismus ruft nun eine Allianz von Wirt-

13500

BETEILIGUNGEN  
an Unternehmen halten allein die Kommunen in Deutschland.

Quelle: Bund der Steuerzahler

schaftsverbänden auf den Plan. Sie beklagen in einem Brief an die Generalsekretäre aller im Bundestag vertretenen Parteien die staatliche Umtriebigkeit. „In der Praxis ist der Staat nicht nur Schiedsrichter, sondern Mitspieler. Als Unternehmer agiert er zunehmend in Bereichen, in denen das gar nicht nötig ist“, heißt es in dem Schreiben, das unter anderem vom Steuerzahlerbund und dem Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft unterzeichnet ist.

Den Lobbygruppen geht es dabei nicht zuerst um Ordnungspolitik. Ihre Mitgliedsunternehmen spüren die staatliche Konkurrenz besonders. Zum kommunalen Betriebe teilweise einen echten Wettbewerbsvorteil haben: Sie müssen keine Mehrwertsteuer abführen und deshalb auch erst gar keine kassieren. Der Wirtschaftswissenschaftler Lars Feld schimpft: „Das ist ein wirklicher Skandal.“

> Schwerpunkt Seiten 4, 5

## Über 200 Festnahmen in der Türkei

Während das Volk trauert, geht die Polizei massiv gegen Terrorverdächtige vor.

**N**ach den Terroranschlägen in Istanbul mit mehreren Dutzend Toten gehen die türkischen Behörden hart gegen die prokurdische Opposition vor. Bei landesweiten Razzien wurden am Montag mindestens 235 überwiegend ranghohe Politiker der kurdischen Oppositionspartei HDP festgenommen. Ob es allerdings überhaupt Hinweise auf eine Verbindung der Festgenommenen zu dem Terrorakt gibt, blieb unklar.

Zu den Bombenanschlägen in Istanbul Stadtteil Besiktas hat sich die TAK, eine Splittergruppe der PKK, bekannt. Unklar ist, wie groß der Einfluss der PKK auf die TAK ist.

Unter dem Vorwurf, der PKK nahezustehen und „Terrorpropaganda“ zu verbreiten, hatte Staatschef Recep Tayyip Erdogan bereits in den vergangenen Monaten Dutzende kurdische Bürgermeister ihrer Ämter entheben lassen. Hunderte HDP-Po-

litiker wurden zudem verhaftet, unter ihnen auch mehrere Parlamentsabgeordnete und die beiden Vorsitzenden der Partei. Was die Justiz den Politikern letztlich zur Last legen kann, ist indes noch offen. Beobachter sehen in der Verhaftungswelle vor allem den Versuch Erdogans, die Oppositionspartei HDP politisch auszuschalten. Gerd Höhler

> Bericht Seite 10

### Kurz notiert

Dax 11 190,21 -0,12 %	E-Stoxx 50 3 199,11 +0,05 %
Dow Jones 19 764,71 +0,04 %	S&P 500 2 253,84 -0,25 %
Gold 1 162,69 \$ +0,23 %	Euro/Dollar 1,0637 \$ +0,72 %

STAND: 18:30 UHR

■ **„Ideologischer Kampf wie im Kalten Krieg“:** Frans Timmermans, Vizepräsident der EU-Kommission, fordert im Handelsblatt-Interview eine entschlossene Auseinandersetzung mit dem Nationalismus und warnt: Das um sich greifende Misstrauen könne die Europäische Union zerstören. **Seite 6**

■ **Streit über Betriebsrat einer Lufthansa-Tochter eskaliert:** Haben Piloten einen Anspruch auf die Wahl eines Betriebsrats? Diesen Streit bei der Frachtfluggesellschaft Aerologic will die Gewerkschaft Verdi jetzt vors Bundesarbeitsgericht bringen. Das könnte die Lufthansa empfindlich treffen. **Seite 17**



■ **„Deutschland wird benedict“:** Alain Dehaze, Chef des weltgrößten Zeitarbeit-Anbieters Adecco, kennt die globale Arbeitswelt sehr genau. Im Interview spricht er über moderne Unternehmensführung, falsche Bildung und die Vorzüge des dualen Ausbildungssystems. **Seite 20**

■ **Italiens Banken kämpfen gegen die Krise:** Während Unicredit mit dem Verkauf der Fondstochter Pioneer für 3,5 Milliarden Euro ihre Kapitaldecke ein wenig aufpolstern kann, sucht das Kriseninstitut Monte dei Paschi weiter verzweifelt nach Investoren für eine Kapitalerhöhung von fünf Milliarden Euro. Eine Milliarde könnte der Staatsfonds von Katar beisteuern. **Seite 30**

■ **Niedrige Zinsen verunsichern:** Eine Studie zeigt, dass die niedrigen Zinsen deutsche Anleger verunsichern. Statt ihr Geld anzulegen, lassen sie es lieber auf dem Bankkonto. Und das, obwohl sich mehr als zwei Drittel der Befragten für gut bis sehr gut über Anlagemöglichkeiten informiert halten. **Seite 34**

Michelle Limmy / 13 Photo

Belgien 3,50 € Frankreich 3,50 € Großbritannien 3,40 € Dänemark 3,50 € Deutschland 3,50 € Österreich 3,50 € Polen 3,50 € Schweiz 3,50 € USA 3,50 € Spanien 3,50 € Taiwan 3,50 € Thailand 3,50 € Türkei 3,50 € Ungarn 3,50 €

Handelsblattspezifische Adressen: Handelsblatt Privat: 06709 Euro Handelsblatt Print + Digital: 06709 Euro

Handelsblatt GmbH Adressenänderung: Tel. 089-50000033 (kostenlos) Fax: 0211 897 3605. E-Mail: ab@handelsblatt.de

0 0 0 0 1 16233 702807

Handelsblatt

# 4 Titelthema Der Staat als Unternehmer

Handelsblatt  
DIENSTAG, 13. DEZEMBER 2016, NR. 241

Martin Greive, Jan Hildebrand  
Berlin

**F**ür Hessens Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) ist es ein einträgliches Geschäft. Sein Land ist zu 100 Prozent an der Hessischen Staatsweingüter GmbH Kloster Eberbach beteiligt. Das Weingut verfügt über mehr als 200 Hektar Anbaufläche und einen Weinkeller. Dort gibt es regelmäßig Veranstaltungen wie die „Literarische Mundart-Schlenderweinprobe“. Offenbar trifft das den Geschmack. Zumindest konnte das Weingut zuletzt an Schäfer einen Jahresüberschuss von mehr als 100.000 Euro vermelden.

Immerhin. Andere Landesbeteiligungen bereiten dem hessischen Finanzminister Sorgen. Der kriselnde Regionalflughafen Kassel-Calden etwa, der Millionenverluste macht. Oder das Landgestüt Dillenburg, das vom Land jährlich mit einem Millionenbetrag unterstützt wird.

Das sind drei Beispiele für die 45 Beteiligungen des Landes Hessen, die der Bund der Steuerzahler in einer Studie aufführt, die dem Handelsblatt exklusiv vorliegt. Der Lobbyverein hat sämtliche Beteiligungsberichte und Haushaltspläne untersucht, um sich einen Überblick über die wirtschaftlichen Aktivitäten der Bundesländer zu verschaffen. Ergebnis: Die Länder sind an 1.429 öffentlichen Einrichtungen, Fonds und Unternehmen beteiligt.

Ein Sprecher des hessischen Finanzministeriums verteidigt die unternehmerische Tätigkeit. Man würde sich nur an Firmen beteiligen, wenn „ein wichtiges Interesse des Landes vorliegt“ und sich der „angestrebte Zweck nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen lässt“, also durch Private.

Ob das auf einen Flughafen, ein Gestüt und ein Weingut zutrifft? Die Frage stellt sich nicht nur in Hessen. Das Portfolio ist durchaus typisch für die Länder. Unternehmerische Betätigungen mit Alkohol scheinen für viele Länder lohnend. Das gilt für Bayern und das staatliche Hofbräuhaus München genauso wie für die Badische Staatsbrauerei Rothaus. Das Sächsische Staatsweingut war laut Studie allerdings defizitär. Gestütte hingegen müssen offenbar immer von den Ländern bezuschusst werden. Das klamme Nordrhein-Westfalen lässt sich sein Landesgestüt Warendorf einiges kosten. Die roten Zahlen vieler Regionalflughäfen haben ohnehin schon Tradition.

### Risiko Schulden

Doch nicht nur die jährlichen Zuschüsse kritisiert der Steuerzahlerbund. Er sieht auch hohe Schulden bei den Beteiligungen der Länder als enormes Risiko. Laut der Studie stecken in den öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen der Länder im Jahr 2014 Schulden in Höhe von 112 Milliarden Euro - immerhin 17 Prozent der Gesamtschulden.

Das wird nicht nur von der Steuerzahlerlobby kritisiert. Die Risiken aus den Beteiligungen der Länder dürften erheblich sein, sagt der Wirtschaftsweisen Lars Feld. Hinzu kommen noch die Beteiligungen ihrer Kommunen, für welche die

## Mehr Markt, bitte!

Länder und Kommunen machen privaten Firmen mit öffentlichen Unternehmen Konkurrenz. Die **Wirtschaftsverbände beklagen unfaire Steuerregeln.** Ökonomen sehen ein Haushaltsrisiko.



Sven Probst

Länder ebenfalls eine gewisse Verantwortung tragen. Er kritisiert vor allem, dass Beteiligungen der Länder und Kommunen häufig kaum nachvollziehbar seien. „Das wahre Risiko der Beteiligungen von Ländern und Gemeinden lässt sich derzeit leider nicht seriös abschätzen, weil weder Länder noch Gemeinden hinreichend aussagekräftige Beteiligungsberichte vorlegen“, so der Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg. „Das ist ein wirklicher Skandal. Der Steuerzahler wird für dumm verkauft.“

Auch der Steuerzahlerbund fordert in seiner Studie verbindliche Standards für die Beteiligungsberichte der Länder. So wird das Brandenburgische Landesgestüt, das als Stiftung öffentlichen Rechts firmiert, laut Studie nicht im Beteiligungsbericht aufgeführt. Die Mitarbeiter des Steuerzahlerbundes sind einem Hinweis im Haushaltsplan nachgegangen.

Die Länder weisen die Kritik zurück. „Für uns gehören die Beteiligungen des Landes zu einer verantwortungsvollen Struktur- und Standortpolitik des Landes“, sagt eine Sprecherin des baden-württembergischen Finanzministeriums. Man sei beispielsweise an einem Unternehmen beteiligt, das den Standort bei der Elektromobilität stärken soll. Andere Beteiligungen - etwa an Häfen - hätten Bedeutung für die Infrastruktur. „Selbstver-

**Schulze Holz- und Baustoffrecycling:** Mittlere Beteiligung der Länder Brandenburg und Berlin.



Otto-Rüdiger Schulze

**Landgestüt Warendorf:** Das klamme Bundesland Nordrhein-Westfalen muss die Pferdezucht jedes Jahr bezuschussen.



dbb

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weiterer Rechte wenden Sie sich bitte an redaktion@handelsblatt.de

# Der Staat als Unternehmer

**Wenig Betrieb:** Der Flughafen Kassel-Calden beschert Hessen vor allem Verluste.



**Risiko**  
**112**  
**MILLIARDEN**  
Euro Schulden stecken in den Beteiligungen der Länder.  
**Quelle:**  
Bund der Steuerzahler

Gerade die Firmen dieser Verbände fürchten um ihr Geschäft. Nach einer Welle der Privatisierungen geht es nämlich im kommunalen Bereich mittlerweile in eine andere Richtung. Während der Bund an 670 Unternehmen beteiligt ist und die Länder an 1430, sind es auf kommunaler Ebene 13.500. Tendenz steigend. Allein in den vergangenen zehn Jahren hat die Zahl der öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen um 25 Prozent zugenommen, so eine Schätzung. „Wir beobachten mit großer Sorge, dass die Wirtschaftstätigkeit der Kommunen geradezu stürmisch wächst“, so BDE-Präsident Peter Kurth. Das geht zulasten gerade des regionalen Mittelstandes.

### Unfairer Steuerwettbewerb

Als Grund sehen viele örtliche Privatfirmen unfaire Wettbewerbsbedingungen. In Deutschland sind öffentlich-rechtliche Unternehmensformen wie kommunale Zweckverbände von der Umsatzsteuer befreit. Kurth hat sich kürzlich in einem Brief an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) darüber bitterlich beklagt. „Das Gefühl einer zunehmenden Steuerungerechtigkeit treibt auch viele Unternehmen um, die sich einer gesetzlich ermöglichten Steuervermeidung durch kommunale Unternehmen ausgesetzt sehen“, so Kurth. In einem bayerischen Kreistag sei die Gründung eines Zweckverbandes zur Übernahme des Entsorgungsauftrags von einem mittelständischen Privatunternehmen damit begründet worden, dass so die Umsatzsteuer von 19 Prozent vermieden werden könne. Vor allem Firmen aus dem Energiesektor, der Datenverarbeitung und Informationstechnologie sowie der Bau- und der Entsorgungswirtschaft fürchten solche Konkurrenz.

Mittlerweile hat BDE-Präsident Kurth eine Antwort von Schäubles Staatssekretär Michael Meister erhalten. Er verweist darauf, dass die Umsatzsteuerbefreiung nur für kommunale Firmen gelte, wenn „sie Tätigkeiten ausüben, die ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen“ - es sei denn, das Privileg würde „zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führen“.

Kritiker halten die Regel für wohlklingend, aber nutzlos. Viele Kommunen haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie sich in ihrer unternehmerischen Tätigkeit ungern bremsen. Und die kommunalen Vertreter finden im Bundestag stets ein offenes Ohr für ihre Anliegen.

Um die Dimension des Steuerprivilegs für die öffentlichen Unternehmen abschätzen zu können, hatte Kurth im Finanzministerium um eine Erhebung gebeten. Dazu würden „keine statistischen Daten“ vorliegen, heißt es in der Antwort aus Schäubles Haus.

Der Brief sei „ein trauriger Beweis für das völlige Desinteresse seitens der Behörden, wenn es um Steuervermeidung durch die Kommunen geht“, klagt Kurth. Der BDE werde nun selbst ein Gutachten in Auftrag geben.

## Eckhard Janeba „Länder dürfen Risiken nicht verschleiern“

Eckhard Janeba ist Beiratschef des Stabilitätsrats. Das Gremium wacht über die Haushalte von Bund und Ländern. Landesbeteiligungen findet Janeba nicht schlimm - solange sie transparent sind.

### Herr Janeba, die Länder leisten sich Gestützte, Heilbäder oder Brauereien. Sind damit nicht erhebliche Risiken verbunden?

Bei Finanzunternehmen wie den Landesbanken besteht sicher das höchste Risiko. Und es gibt einige Länder, bei denen ein nicht unerheblicher Teil der Schulden in Landesunternehmen oder -beteiligungen liegt. Allerdings gelten die Schuldenregeln wie die Schuldenbremse auch für die Landesbeteiligungen an Unternehmen. Von daher lassen sich nicht ohne weiteres Schattenhaushalte aufbauen.

### Aber was haben solche Beteiligungen mit öffentlicher Daseinsvorsorge zu tun?

Ich würde solche Beteiligungen nicht grundsätzlich ablehnen. Sie sind eine politische Entscheidung. Wenn eine Landesregierung der Auffassung ist, sich das leisten zu wollen, ist das ihr gutes Recht. Allerdings muss sie die Beteiligungen transparent darstellen und darf sie nicht gegenüber den Bürgern verschleiern.

### Eckhard Janeba:

„Bei der Transparenz gibt es Verbesserungspotenzial. Föderale Vielfalt ist ein hohes Gut, aber einheitlichere Standards für alle 16 Länder wären wünschenswert.“



### Sind die Länder denn transparent genug?

Da gibt es sicher Verbesserungspotenzial. Föderale Vielfalt ist ein hohes Gut, aber in diesem Fall wären einheitlichere Standards für alle 16 Länder wünschenswert. Sonst lassen sich die vielen Landesbeteiligungen nicht seriös von außen einschätzen.

### Hat der Stabilitätsrat die Beteiligungen der 16 Bundesländer im Blick?

Das hat er. Zuletzt blieb der Saldo der finanziellen Transaktionen der Landesbeteiligungen konstant. Das noch größere Problem liegt meiner Ansicht in den kommunalen Unternehmen, da ihre Zahl die der Landesunternehmen um ein Vielfaches übersteigt.

### Verdrängen staatliche Firmen private?

Hier kommt es immer auf den Markt und den Einzelfall an. Wenn privater Wettbewerb ausgehebelt wird, besteht ein Problem. Genauso, wenn der Staat über Beteiligungen an Firmen Marktteilnehmer ist und gleichzeitig als Gesetzgeber die Regeln für den Markt setzt. Dann kommt es zu einem eindeutigen Interessenkonflikt. Die Energie- oder Transportbranche sind zwei Branchen, in denen so etwas häufiger vorkommt.

Die Fragen stellten **Martin Greive und Jan Hildebrand**.

### Zu viel Staat?

Zahl der Unternehmen, an denen **Bundesländer unmittelbar beteiligt** sind



ständig muss das wirtschaftliche Risiko einer Beteiligung stets im Verhältnis zu ihrem Nutzen für die Öffentlichkeit stehen.“

Aber auch bei den vielen profitablen öffentlichen Unternehmen stellt sich die Frage, ob es Aufgabe des Staates ist, sich an Brauereien, Weingütern, Recyclingunternehmen oder Reiseanbietern zu beteiligen. Schließlich mache er damit privaten Unternehmen Konkurrenz - und die sei nicht mal fair, so der Vorwurf aus der Wirtschaft. Der Staat genieße viele Wettbewerbsvorteile, etwa bei der Bonität, aber auch bei Steuervorschriften.

Deshalb haben sich nun einige Wirtschaftsverbände zusammengeschlossen und einen Brandbrief an die Generalsekretäre aller im Bundestag vertretenen Parteien geschickt. Sie werfen den Regierungen in Bund, Ländern und Kommunen vor, dass sie „die Spielregeln des freien Wettbewerbs aushebeln und die Grenzen staatlicher Wirtschaftstätigkeit zulasten der Privatwirtschaft verschoben haben“. Der Brief ist unter anderem unterzeichnet von den Präsidenten des Steuerzahlerbundes, des Bundesverbandes der Dienstleistungswirtschaft (BDWi) und des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE).

# Die Minus-Geschäfte des Staates

Rund **112 Milliarden Euro** haben die 16 Bundesländer an zusätzlichen Schulden angehäuft, indem sie selbst erfolglose Unternehmen betrieben. Oft ohne erkennbaren Sinn

**F**ür Menschen, die einen „Raum für jede Gelegenheit“, „auf Wunsch auch mit Rundum-Service“, suchen oder auch einfach „nur die Liebe feiern“ wollen, versteht sich die Botanika in Bremen als erste Adresse. Hinter dem Unternehmen, offiziell ein Entdeckerzentrum für Pflanzen, stecken weder Erlebnisgastronomen noch Schausteller, sondern der Staat. Die Botanika GmbH gehört zu 100 Prozent der Freien Hansestadt Bremen.

Alle Bundesländer betreiben – direkt oder über eine Beteiligung – Unternehmen, die auf den ersten Blick nur wenig mit staatlichen Aufgaben zu tun haben. Auf den zweiten Blick auch nicht. Denn in den meisten Fällen versenken Politiker mit diesem wirtschaftlichen Engagement das Geld ihrer Wähler, rechnet das Deutsche Steuerzahlerinstitut (DSi) in einer Studie vor, die in den nächsten Wochen erscheint.

Die Botanika wies in ihrem letzten Jahresbericht ein Minus von 1,48 Millionen Euro aus und ist in dieser Form leider kein Einzelfall. Insgesamt haben 1400 Staatsbetriebe der Länder bis Ende 2014 beachtliche 112 Milliarden Euro an zusätzlichen Schulden angehäuft, so das DSi. Das entspricht 17 Prozent ihrer Verbindlichkeiten – mit großen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern. Deutlich über dem Schnitt liegen Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Brandenburg und Berlin, deutlich darunter Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern.

Die mehr als 90 Seiten starke Studie liest sich phasenweise so, als wäre der Sozialismus in



## Spürt Fehlentwicklungen auf

Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holznapf, 40, freut sich aber auch, wenn Politiker Geld einsparen können

Deutschland mit dem Fall der Mauer nie beerdigt worden. Auch Projekte, die sich einfach nicht rechnen, lässt der Staat als Eigentümer einfach weiterlaufen. Verluste gleicht schließlich der meist ahnungslose Steuerzahler aus.

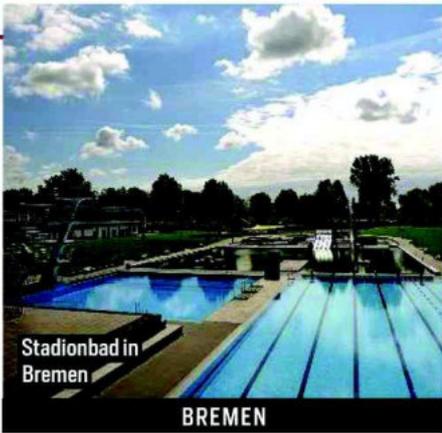
Beispiel Bremen: Nicht nur die Botanika mit Veranstaltungen wie dem Hinduistischen Winterfest oder der Halloween-Ausstellung macht durchweg negative Jahresergebnisse von mehr als einer Million Euro. Auch die stadteigene Bremer Bäder GmbH kann ihre Verluste selbst mit Wellness-Behandlungen und Fitnesskursen nicht ausgleichen – im Gegenteil. Die „Erlebnissauna für Sie und Ihn mit Banjazeremonie“ inklusive Honigpeeling und „Abschlagen“ mit Birkenzweigen, so stellen die DSi-Forscher fest, „gehört wohl kaum zu den staatlichen Kernaufgaben“.

Nur jedes zehnte der 1400 Landesunternehmen in Deutschland ist der Studie zufolge in hoheitlichen Bereichen wie öffentlicher Verwaltung oder sozialer Sicherung tätig. Allein 155 Betriebe kümmern sich um Grundstücks- oder Wohnungswirtschaft und 174 um Unternehmensberatung. Besonders beliebt ist staatliche Pferdezucht. Gleich mehrere Bundesländer erwirtschaften damit Millionenverluste. Das Haupt- und Landgestüt Marbach bekommt vom Land Baden-Württemberg zwischen vier und fünf Millionen Euro im Jahr. Auch das deutlich ärmere Brandenburg steckt Jahr für Jahr gut zwei Millionen Euro in sein Gestüt in Neustadt (Dosse) mit Reit- und Fahrschule. Auf Pferde setzen sehr verlustreich auch die Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern.

Das politisch wieder populäre Argument „Lieber öffentlich als privat“ zieht nach Auffassung des Steuerzahlerbunds auch dann nicht, wenn der Staat mit einem seiner Unternehmen durchaus mal beachtliche Gewinne erzielt. Die erfolgreiche Badische Staatsbrauerei Rothaus AG, ebenso wie der angeschlossene Brauereigasthof mit Hotel- und Restaurantbetrieb zu 100 Prozent im Landesbesitz, bringt zwar Geld in die Landeskasse, sollte aber aus Sicht der Steuerzahler privatisiert werden. Schließlich machen solche Unternehmen privaten Anbietern Konkurrenz. Oft genießt der Staatsbetrieb dabei auch noch Steuervorteile. Er kommt leichter an Kredite, kann sich günstiger finanzieren und trägt ein viel geringeres Pleiterisiko. „In einer Marktwirtschaft muss der Staat eine Schiedsrichter-Funktion wahrnehmen“, mahnt Reiner Holznapf, der Präsident des Bundes der Steuerzahler. „Immer öfter ist der Staat aber nicht nur Schiedsrichter, sondern zugleich auch Mitspieler. Unternehmen, die einen großen Teil ihrer Erträge als Steuern abführen, müssen davor geschützt werden, dass der Staat nicht zugleich noch als Wettbewerber gegen sie auftritt.“

Dazu könnte die Studie, die auch grundsätzliche Fehlentwicklungen thematisiert, eine Menge beitragen. Der Aufklärungswille in der Politik ist bislang jedenfalls gering. Das ist kein Wunder. „Hinter unternehmerischen Flops der öffentlichen Hand“, so Holznapf, „stehen häufig politische Fehleinschätzungen, Postengeschacher und zu laxer Aufsichtskontrollen.“ ■

FRANK THEWES



Stadionbad in Bremen

**BREMEN**

**Bremer Bäder GmbH** Schul- und Vereinsschwimmen sind für den Staat immer ein Zuschussgeschäft. Darauf beschränkt sich der Staatsbetrieb der Hansestadt jedoch nicht, sondern versucht sich auch mit „AquaZumba“, „Erlebnissauna für Sie und Ihn mit Banjazeremonie“ u. ä. Das erhöht die Risiken: Der jährliche Betriebskostenzuschuss lag zuletzt bei 4,58 Millionen Euro.

**NORDRHEIN-WESTFALEN**

**Expo Fortschrittmotor Klimaschutz GmbH** Das Staatsunternehmen soll bis zum Jahr 2022 rund 1000 Projekte präsentieren, die dem Umwelt- und Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen dienen. Verdient hat die GmbH aber noch nichts. Stattdessen benötigt sie steigende Landeszuschüsse.

**HESSEN**

**Hessische Staatsweingüter Kloster Eberbach** Mit mehr als 200 Hektar Anbaufläche gehören die staatlichen Winzer aus Hessen sogar zu Exporteuren und erzielten zuletzt 103 000 Euro Jahresüberschuss. Das Land macht dabei allerdings vielen privaten Betrieben massiv Konkurrenz.

**SAARLAND**

**Congress-Centrum Saar GmbH** Der Staatsbetrieb vermietet Räumlichkeiten, organisiert Hochzeitsfeiern, Catering, Feuerwerk und Stadtführungen – unterm Strich mit Verlust. Zuletzt lag das Minus bei 3,5 Millionen Euro.



Vulkaneifel Therme

**RHEINLAND-PFALZ**

**Staatsbad Bad Bertrich GmbH** Das Unternehmen betreibt die Vulkaneifel Therme mit Erlebnissaunen und Gastronomie – allerdings nicht sehr erfolgreich: 908 603 Euro minus trotz 1,56 Mio. Landeszuschuss.

**SCHLESWIG-HOLSTEIN**

**Filmförderung Hamburg/Schleswig-Holstein** Damit möglichst oft im Norden gedreht wird, verteilt das Länderunternehmen 140 000 Euro Staatszuschuss plus 2,1 Millionen Euro aus den Rundfunkgebühren.

**HAMBURG**

**Bäderland Hamburg GmbH** Macht trotz oder wegen Eislauf-Polarstadion, Mitternachtssauna Afrika, Meerjungfrauen-Geburtstag u. ä. 20,5 Millionen Euro minus.



**Warum muss die öffentliche Hand Pferde züchten und Wein anbauen?**

**BAYERN**

**Bayreuther Festspiele GmbH** Gehört mehrheitlich dem Bund und dem Freistaat Bayern. Der Verzicht auf Neuproduktionen brachte zuletzt 1,8 Millionen Euro plus nach öffentlichen Zuschüssen von 5,9 Millionen Euro.



Hier sitzt die Popakademie

**BADEN-WÜRTTEMBERG**

**Popakademie in Mannheim** Die GmbH mit dem Unternehmensgegenstand „Stärkung und Förderung neuer populärer Musikformen“ machte zuletzt 200 000 Euro plus, brauchte aber 2,2 Millionen Landeszuschuss.



Staatliches Vorreiten

**MECKLENBURG-VORPOMMERN**

**Landgestüt Redefin** Die staatliche Pferdezucht kostet 1,55 Millionen Euro Landeszuschuss im Jahr – weniger als in vielen anderen Ländern. Denn das Land hat inzwischen eine Reihe Dienstleistungen erfolgreich privatisiert.

**NIEDERSACHSEN**

**Salzgitter AG** Nicht nur an VW ist das Land beteiligt – auch am Stahlkonzern und damit an 45,5 Mio. Euro Jahresminus.



Der VW – für SPD-Politiker auch ein Staatssymbol

**BRANDENBURG**

**Flughafen Berlin Brandenburg GmbH** Kann vielleicht Flughäfen betreiben, bloß nicht bauen: Der BER kostet die Steuerzahler schon jetzt mehrere Milliarden Euro.



Ex-Flughafen Tempelhof

**BERLIN**

**Tempelhof Projekt GmbH** Vermarktet das ehemalige Flughafengelände u. a. als Event-Location: 200 000 Euro Gewinn bei knapp drei Millionen Euro Zuschuss.

**SACHSEN-ANHALT**

**Landesweingut Kloster Pforta GmbH** „Erzeugung und Vertrieb von Saale-Unstrut-Weinen und ähnlichen Produkten sowie der Betrieb der damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte“ ist als staatliche Aufgabe umstritten und brachte 160 000 Euro minus.

**SACHSEN**

**Staatliche Porzellan-Manufaktur Meißen GmbH** Eine echte Marke mit großer Tradition, kommt aber unter Führung des Landes nicht aus den roten Zahlen. Der jährliche Verlust, den der Freistaat Sachsen ausgleichen muss, liegt bei mehreren Millionen Euro im Jahr.

**THÜRINGEN**

**Messe Erfurt GmbH** „Green Meetings“ und der selbst verordnete Kampf gegen den Klimawandel gehen ins Geld, zuletzt 2,7 bis 3,5 Millionen Euro minus – jedes Jahr.

Fotos: Matthias Balk/dpa, ddp images/dapd, dpa (2), BrauerPhotos, action press